

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuler,
Sehr geehrte Frau 1.BM Horn,
Sehr geehrter Herr BM Dr. Vonderheid,
Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen,

es ist Februar. Schon wieder. Wie auch im letzten und in manchem vorangegangenen Jahr ist es uns gelungen die Haushaltsplanberatungen bis ins eigentlich zu planende Jahr hinein zu schieben. Dafür gibt es viele Gründe.

Gründe die mal mehr, mal weniger sinnvoll erscheinen, die aber in jedem Fall Anlass sind nach Lösungen zu suchen, die uns diese ungesunde, ja selbstzerstörerische Tradition in Zukunft nicht mehr als geeignetes Mittel zur Durchsetzung der verschiedensten Interessen erscheinen lassen. Als Sofortmassnahme sollten wir überlegen das Haushaltsjahr nicht zum 1.1. sondern vielleicht zum 1. März beginnen zu lassen, um die zusätzliche Verzögerung durch die Weihnachtsferien zu vermeiden, im offenbar unvermeidlichen leonbergtypischen Verfahren.

Oder wir lassen das Haushaltsjahr mit den Schuljahren laufen, auch das würde manche Verständnisfrage über Teilbeträge bei Schul- oder Kinderbetreuungsinvestitionen vermeiden helfen und damit sogar die Effektivität steigern.

Wegen des nun schon wieder weit fortgeschrittenen Jahres finde ich es recht sinnfrei sich am heutigen Tag mit großen Ideen und kleinsten Ideechen detailliert ins vorgegebene Werk einzubringen und zu einer weiteren stadtlähmenden Verzögerung beizutragen. Daher stimmt SALZ der Vorlage einmalig und ausnahmsweise ohne sicher berechnete Detailkritik zu.

Damit könnte das Ende dieser Rede schon erreicht sein, und mancher wäre nach dem vorangegangenen Redemarathon sicher froh darüber. Aber kritiklos geht auch diese Rede nicht vorüber, denn eines wird beim Blick zurück auf die Beratungen der letzten Jahre deutlich: aus all den in guter Absicht gehaltenen Reden der Vergangenheit ist nahezu nichts entstanden. Nicht weil keine guten Ideen vorgetragen wurden. Nicht weil die Verwaltung in der Aufarbeitung der Anträge stets nur versucht hätte die Vorschläge zu Gunsten der eigenen Planung nur einseitig zu beleuchten.

Der wahre Grund ist doch, dass es fast immer zu spät war! Mal sind zu lange laufende Verträge, mal baurechtliche Zwänge, mal die EU und auch mal das Wetter oder die Schulferien schuld, dass wenig Grundsätzliches bewegt wird.

Gibt es also keinen Ausweg? Steigen die Schulden unaufhaltsam, weil wir keine strukturellen Änderungen angehen können? Nur weil die Zeit nie reicht oder wir pressewirksame Entrüstung über allgemein bekannte, aber nicht im erlauchten Gemeinderatsrund vorbesprochene Haushaltsideen der Verwaltung vortäuschen müssen?

Der vielbeschworene **Strukturwandel ist möglich!** Er ist aber nur möglich wenn wir ausreichend Zeit und Energie darauf verwenden können. Nicht nur der Gemeinderat, auch die Verwaltung braucht genug Freiräume um Themen sauber aufzubereiten. Taktieren und reagieren stehen stattdessen auf der Tagesordnung. Dem ursprünglich mal nicht als Gegner sondern als Partner zur Seite gestellten Gegenüber soll bloß keine Angriffsfläche aufgezeigt werden; und gerade deswegen mutiert die Mücke zum Elefanten!

Der Gemeinderat lähmt die Verwaltung über das Jahr mit Dutzenden von Kleinstanfragen im Stil: „Muss das Licht auf der Rathaustoilette bis 22:00Uhr brennen oder reicht nicht auch 21:45?“ Die Verwaltung bedient die Anfragen detailliert, beschäftigt Testpersonen, lässt ein Gutachten zur Leuchtmittelbenutzungskernzeit in Rathäusern allgemein und auf unserem Breitengrad im Besonderen erstellen. OK, das ist kein reales Beispiel, aber ist es so weit von der Wirklichkeit entfernt?

Auf der anderen Seite werden **wichtige Informationen gefühlt vorenthalten**. Warum erfährt der Gemeinderat erst am Tag der Sitzung, dass Wochen zuvor Verzögerungen bei wichtigen Projekten aufgetreten sind? Sicher, der Gemeinderat kann weder am Tag der Sitzung noch am Tag der Entstehung des Problems wirklich etwas ändern. Aber in der mobilen Informationsgesellschaft ist es eben normal, dass Informationen sofort fließen.

Wir müssen also zu einer anderen Kultur des Miteinander kommen. Vertrauen aufbauen, Reibungsverluste abbauen. So entstehen die Freiräume die für einen komplexen Strukturwandel nötig sind!

Ich habe eingangs erwähnt dass ich diesem Haushalt ohne jede ergänzende Forderung zustimme.

Für die Zukunft kann ich allerdings keinem, auch nicht einem rechtlich einwandfrei genehmigungsfähigen Haushalt mehr zustimmen, wenn die grundsätzlichen strukturellen Probleme nicht wenigstens in erkennbar ehrlichem Bemühen angegangen werden. Dazu gibt es heute keine fest gefassten Vorschläge, sondern zu prüfende Anträge. Zunächst meine Anträge die den Boden für die tatsächlichen Arbeitsanträge bereiten:

1. die Verwaltung soll nicht weiter mit **Bagatellanträgen** gelähmt werden. Ist ein Antrag mit dem ausschließlichen Ziel der Kostenreduktion um einen Betrag X, ich schlage 3000EUR vor, gestellt, der die Verwaltung offensichtlich in einem ähnlichen oder höheren Arbeitswert schwächt, kann er von der Verwaltung mit diesem etwa per Mail übermittelten kurz begründeten Hinweis vorerst in der Bearbeitung zurückgestellt werden, bis sich eine themenverwandte Gelegenheit ergibt. Alternativ erkennt die Verwaltung eine naheliegende Lösung und handelt ohne die übliche Beratungsrunde eigenverantwortlich.
2. zur **Verständnisförderung** jeweiliger Vorgehensweisen von Verwaltung oder Gemeinderat soll eine Kommission gegründet werden, die etwa auf Verlangen mindestens zweier der beteiligten Gruppierungen einberufen wird, um aufkeimendem Misstrauen umgehend entgegenzuwirken.

3. die **Verwaltung schafft eine Möglichkeit zur direkten Teilnahme** eines einzelnen vom GR gewählten Vertreters an wichtigen Verhandlungen, oder auch an der Vorbereitung von Ausschreibungen. Dieser Vertreter muss nicht unbedingt detailliert berichten, soll aber dem Gemeinderat eine Vertrauensbrücke bauen.

Neben diesen Anträgen zur inneren Struktur gibt es selbstverständlich auch noch konkrete Anträge die zur tatsächlichen Kostenreduktion bei Aufrechterhaltung liebgegener Leistungen wenigstens im Grundsatz geprüft werden sollen, nicht für dieses Haushaltsjahr, aber im Hinblick auf kommende Entwicklungen:

1. **Bäderlandschaft.** Wie jedes Jahr ein SALZ-Lieblingsthema. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit dieses Jahr als detaillierter Antrag: Die Verwaltung möge prüfen ob die bekannten SALZ-Gedankengänge zum Thema Ganzjahresbad grob richtig oder falsch sind, wenn sie wider Erwarten völlig falsch sind, bitte ich darum aufzuzeigen wo es hakt. Die einfache Rechnung lautet: ein Ganzjahresbad kostet rund 15Mio EUR. Der aktuelle Sanierungsstau der Bäder beläuft sich auf rund 10 Mio. Man kann also 10 Mio ausgeben und muss dies teilweise bald tun, ohne dass sich grundlegend etwas verbessert. Ein Ganzjahresbad müsste an passenderer Stelle errichtet werden, keinesfalls wieder direkt im Eltinger Grundwasser. Damit wäre eine logische Gewerbegebietserweiterung in Verlängerung des Hertich machbar, deren nutzbare Fläche einem Gegenwert von gut 5 Mio. EUR bei rund 50.000m² entspricht, wobei noch ausreichend Parkierungsfläche für die Sportanlagen erhalten bleibt. Damit ist die grobe Finanzierung aufgezeigt, Sanierungsstau ausgehebelt, Gewerbefläche geschaffen, Ganzjahresbad finanziert. Dazu kommen die jährlichen Einsparungen: ein Ganzjahresbad reduziert prinzipbedingt den Abmangel von 2 Mio auf ca. die Hälfte, fortan wäre also jährlich 1 Mio für andere Aufgaben übrig, oder würde wenigstens den Schuldenanstieg abschwächen. Bei geschickt gewählter Fläche wären die jährlichen Wiederbelebungskosten gegenüber dem frostsensitiven aktuellen Standort leicht von rund 200.000 auf 100.000EUR zu reduzieren. Zudem ist die Auslastung eines Ganzjahresbades besser, da auch bei schlechtem Wetter ein geeignetes Angebot vorgehalten wird. Weitere Einsparpotenziale ergeben sich durch Fördertöpfe zur interkommunalen Zusammenarbeit, etwa wenn wir uns ein geeignetes Plätzchen für ein Bad zusammen mit Rutesheim, beispielsweise im Eisengriff suchen, oder auf der anderen Seite mit Gerlingen. Selbstverständlich wird auch die Gewerbegebietserweiterung neue Steuereinnahmen generieren und auch im interkommunalen Betrieb liegen dauerhafte Einsparmöglichkeiten.
2. Ein Strukturwandel scheint auch in der **Kinderbetreuung** nötig. Obschon SALZ stark im Waldkindergarten verwurzelt ist, ist uns doch klar dass nicht 1000 Kinder durch den Wald springen können, auch wenn wir davon überzeugt sind dass dies eine durchweg nachhaltige und erfolgreiche Einrichtung ist, die, das freut die Kämmerei, vergleichsweise nichts kostet. Es gilt also den Anforderungen an moderne Kinderbetreuung in den klassischen Einrichtungen zu genügen und dennoch strukturelle Änderungen vorzunehmen die letztlich zu Personaleinsparungen führen ohne die Betreuungsqualität zu berühren. Ein schlichtes Beispiel ist die aktuelle Anmeldepraxis. Eltern klappern diverse Einrichtungen ab, melden sich

sicherheitshalber hier wie da an und bescheren so viel Verwaltungsarbeit die am Ende keinen Zweck erfüllt. Eine Zentralisierung wäre ein Leichtes und würde viel Druck von den Einrichtungen nehmen. Weiter wäre es begrüßenswert wenn religiöse Ausrichtungen der Einrichtungen einer weltoffeneren überkonfessionellen Erziehung weichen würde. Eben gestalte ich den Flyer des Internationalen Rates und sehe dass wir 114 Nationalitäten mit ihren Eigenheiten in unserer Stadt vereinen. Wäre es da nicht sinnvoller sich in offener Neugier mit diesem Themenbereich zu beschäftigen, anstatt sich in Abgrenzung zu üben? Hier liegt zwar kein direktes Einsparpotenzial, aber es wird eine Basis für eine konfliktärmere Zukunft gelegt.

3. Strukturwandel ist ein aktuelles Thema der **Energiedebatte** in Leonberg. Hierzu haben sich meine Vorredner schon hinreichend geäußert, auch das ist ein gutes Beispiel wie mit etwas Mut mehr zu holen ist als durch bloße Unterordnung in einem trägen System. Mehr zu holen ist dabei nicht nur in finanzieller sondern auch in ökologischer Hinsicht.
4. Und schliesslich ist auch in der **Vermarktung aktuell freistehender Flächen** für Gewerbe und Wohnbau mehr zu erreichen, wenn neue Wege beschritten werden. Es reicht eben nicht aus wenn zur Vermarktung der eine oder andere professionelle Partner herangezogen wird. Flächen müssen offensiv beworben werden, und das ist gerade in Leonberg nicht schwer: wir haben eine komplette Gewerbegebietskante entlang der Autobahn! Hier wäre es ein Leichtes offensiv auf unsere Standortvorteile hinzuweisen, etwa mit einem auf ein Gebäude aufgesetzten Schild oder einem temporären Werbeturm oder Kran. Weiter könnten offensive Mailings an dynamische Betriebe oder Besuche einschlägiger Messen für neue Interessenten sorgen.

Damit sind vier große Themen angeschnitten, die einen Gutteil der Situation bestimmen: teure Bäder, keine bzw. nicht offensiv genug beworbene existierende Gewerbeflächen, Kostenexplosion der Kinderbetreuung.

Bevor wir in den Sachthemen beratend tätig werden muss nach SALZ-Auffassung unbedingt das Verhältnis Verwaltung <-> Gemeinderat auf eine neue, partnerschaftliche Basis gestellt werden, wie vorhin schon angesprochen. Ob wir diesen Vorschlägen folgen oder eine andere Herangehensweise wählen ist am Ende egal. Das Ergebnis zählt. Und das kann in schwierigen Zeiten wie diesen nur lauten: mehr Miteinander, weniger Gegeneinander. Mit dem Vertrauen kommt auch der Mut neue Wege beschreiten zu wollen zurück.

Nicht am Ende, sondern am Anfang sollte die wichtigste Zukunftstat stehen: die Einbeziehung der Bürger. Nicht dass wir zu jedem Thema eine Arbeitsgruppe mit interessierten Einwohnern der Stadt bilden, sondern schlichte Bürgerinformation an einem Ort den die Bürger erreichen ist die Grundlage zur Identifikation der Menschen mit ihrer Stadt. 100% wasserdichte Bebauungsplanerläuterungen und amtliche Bekanntmachungen im Amtsblatt sind für große Teile der Bevölkerung so spannend wie ein Halmturnier im Fernsehen. Den Weg ins Rathaus oder zu Sonderveranstaltungen nehmen die immer gleichen 5% der Bürger auf sich. Anderen mangelt es vielleicht nicht an Interesse sondern schlicht an Zeit. Also muss die Information zum Bürger kommen, sie muss schon durch die Art der Präsentation Interesse wecken oder mit Begeisterung vorgetragen werden. Ich denke

beispielsweise an einen monatlichen Infostand im Leo-Center. Nicht mit umfangreich getexteten Zettelchen sondern mit plakativen Bildern, evtl. auf einem Großmonitor den der örtliche Elektrofachmarkt gleich bewerbend bereitstellt, flankiert von freiwilligem Infopersonal das aus Verwaltung, Rat und Bürgerschaft passend zu Thema rekrutiert wird, durch auffällige Kleidung stadtidentifikationsstiftend erkennbar.

Unzählige weitere Ideen können Sie gerne bei SALZ erfragen, beispielsweise wundern wir uns **warum die Häussler-Brache nicht für ein Info-Fest** genutzt wird, hier könnte man an einen warmen Frühlingssonntag bei Musik und Würstchen die Bürger erreichen, die sonst kaum zu einer stadtinformativen Veranstaltung kommen würden.

Zum Ende der Rede fällt auf dass etliche wichtige Themenbereiche nicht angeschnitten wurden. Alles hört sich schwierig, verworren, ja teils hoffnungslos an. **Aber Leonberg ist eine spannende, schöne Stadt!** Es gibt viel zu entdecken, eine interessierte, engagierte Bürgerschaft, ich nenne beispielhaft die Lokale Agenda 21, die sich vielschichtiger Themenbereiche annimmt, und die Vereine mit ihrer unverzichtbaren Jugendarbeit. Auch in der Presselandschaft wächst - leider recht unbemerkt - Neues, nicht nur die forsch-offensive LKZ, sondern auch – wer hätte das vor Jahren vermutet – der Stadtanzeiger gefällt mit zwar wenigen aber sauber recherchierten Artikeln zur Stadtpolitik, stellvertretend möchte ich neben der LKZ beispielsweise die regelmäßige Lektüre der Artikel von Frau Tolitsch im Stadtanzeiger empfehlen. Über ein oft angedeutetes aber noch nicht ganz lauffähiges SALZ-Stadtinfosystem das überparteiliche Infos bereitstellen wird kann ich Sie heute noch nicht wie geplant informieren, möchte Sie aber in positive Erwartungshaltung versetzen, wir starten noch im Februar!

Seien Sie bereit für Neues!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Diese Haushaltsrede und weitere Dokumente finden Sie unter <http://www.salz-leo.de/download>.